

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerber der Poststellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Rubrikpreise für Anzeigen aus Aus und Umgebungs 20 Pfennige, auswendige Anzeigen 25 Pfennige, Restamperpreis 20 Pfennige, auswendige Restamperpreis 25 Pfennige, sonstige 20 Pfennige.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 238

Sonntag, den 9. Oktober 1932

27. Jahrgang

Unterstützungserhöhung im Winter?

Beratungen über Milderungen bei den Unterstützungskürzungen

Berlin, 7. Okt. Die Mitglieder des sozialpolitischen Ausschusses der deutschen nationalen Reichstagsfraktion wurden am Freitagvormittag vom Reichsarbeitsminister Schäffer zu einer Besprechung über den sozialpolitischen Teil des Regierungsprogramms empfangen. Der Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses, Dr. Erich Schmidt, entwickelte den ablehnenden Standpunkt der Deutschnationalen gegenüber der Juni-Notverordnung über Renten- und Unterstützungskürzung und äußerte Bedenken über die Paragraphen 1 bis 6 der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitslosigkeit, die sich als einseitige Belastung des Arbeiter- und Angestelltenstandes auswirken müssten. Reichsarbeitsminister Schäffer wies darauf hin, daß die Regierung mit diesen Bestimmungen nicht die Arbeitnehmerschaft belasten, sondern nur als zur Winderung der Arbeitslosigkeit tun wolle. Im Übrigen stellte der Minister eine Erhöhung der Höhe der Arbeitslosenunterstützung im kommenden Winter in Aussicht, falls sich die Hoffnungen der Regierung auf Verminderung der Arbeitslosigkeit verwirklichen.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosenzahl

Berlin, 7. Oktober. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 18. bis 30. September 1932 waren Ende September bei den Arbeitsämtern rund 5100 000 Arbeitslose gemeldet. Während des ganzen Monats September hat damit die Arbeitslosenzahl noch einer vorübergehenden Erhöhung um rund 123 000 abgenommen. Saisonmäßige Einflüsse, die Maßnahmen der Reichsregierung und in beschränktem Umfang noch die bekanteten Veränderungen des Unterstühtungsrechtes haben zu dieser Entwicklung des Zahlenbildes beigetragen. — Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger belief sich Ende September in der Arbeitslosenversicherung auf rund 823 000 (gegen 880 000 am 15. September), in der Rentenversicherung auf rund 2 224 000 (gegen 1 280 000 am 15. September). Von den Arbeitsämtern anerkannte Wohlfahrtsvereinsangehörige wurden Ende September rund 2 085 000 gezählt, d. h. rund 5000 mehr als Ende August. Die Zahl der Notstandarbeiter, die bis Ende August auf rund 87 000 belief, konnte im Laufe des September, begünstigt durch die Witterung, noch um etwa 5000 gesteigert werden. Die Zahl der tatsächlich beschäftigten Arbeitslosen ist von rund 144 000 Ende August auf rund 200 000 Ende September gestiegen.



Schaack soll Reichskommissar werden

Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schaack, den die Regierung jetzt für besondere Aufgaben heranziehen will, Entweder soll er als Vertrauensmann der Regierung damit beauftragt werden, die Frage der Auslandsschulden, deren Verzinsung und Tilgung durch das Stillehaltenkommen nur unvollkommen geregelt ist, durch Verhandlungen mit den Vertragspartnern zu lösen, oder er soll als Sonder-Kommissar die Spitzengelder der höheren Beamten der vom Reich subventionierten Unternehmungen nachprüfen. Ob Herr Dr. Schaack, der selbst in der Zeit seiner Tätigkeit als Reichsbankpräsident ein Gehalt von enormer Höhe bezogen hat, der geeignete Mann für die Nachprüfung der hohen Gehälter ist, dürfte man bezweifeln können.

Maßnahmen gegen Versammlungsstörungen?

Berlin, 7. Oktober. Das Reichskabinett ist heute vormittag um 11 Uhr zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten. Es liegt auf der Hand, daß es sich in erster Linie mit den wichtigsten außenpolitischen Fragen beschäftigt, die mit dem Abrüstungsproblem und den englischen Bemühungen zusammenhängen, Deutschland wieder in den Kreis der Konferenz zurückzuführen. Außerdem ist eine Reihe wirtschaftlicher und innenpolitischer Fragen auf der Tagesordnung. Ob es dabei schon heute zu Beschlüssen in der Frage der subventionierten Betriebe kommt, ist nach Ansicht unterrichteter Kreise unwahrscheinlich.

Bei der Räumung der obersten Galerie veranlaßt. Dies rief einen ungeheueren Lärm hervor. Als die Polizei nun zur Entfernung der Nationalsozialisten schritt, entzündete sich ein regelrechtes Saalshlacht. Es flogen Stühle und Stuhlbeine durch den Raum, man schlug mit Bänken aufeinander ein, und von der Galerie wurden Stühle herabgeworfen. Während die Polizei mit dem Gummiknüppel die Ruhehersteller schnell aus dem Saal hinaustränkte, verließen die übrigen Besucher in wilder Flucht, zum Teil durch die Partierfenster, den Versammlungsraum.

Düsseldorf, 8. Oktober. Wie zu der gestrigen Wahlschlacht im Kaiserhof der Tonhalle von der Polizei noch mitgeteilt wird, sind während des allgemeinen Tumults auch Schüsse abgegeben worden, durch die ein Versammlungsteilnehmer erheblich verletzt wurde, wobei er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Erneute Unfälle ereigneten sich glücklicherweise weiter nicht mehr. Die Polizei nahm insgesamt 20 Verhaftungen vor.

Ein Hilfsprogramm für die deutsche Hotel-Wirtschaft

Berlin, 7. Oktober. Die außerordentliche Notlage des deutschen Hotelgewerbes hat den Reichsverband der Deutschen Hotels, Restaurants und verwandter Betriebe dazu veranlaßt, Richtlinien eines Hilfsprogramms für die deutsche Hotelwirtschaft aufzustellen, die den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden vorgelegt wurden. Die Vertreter des Reichsverbandes haben dem Reichsminister und dem Reichsfinanzminister die Wünsche der Hotelwirtschaft unterbreitet. Die Hauptaufgabe des Hilfsprogramms liegt darin, die außerordentlich hohen Ausgaben an die öffentliche Hand einzudämmen.

Sachsens Anteil am Arbeitsbeschaffungsprogramm

Bessere Verteilungsquote erzielt, jedoch noch längst keine volle Berücksichtigung der besonderen Notlage Sachsens

Vom Welterzgebirge keine Rede

Am Freitagvormittag fand im sächsischen Ministerium in Dresden eine Pressebesprechung statt, in der die sächsische Regierung über den Anteil Sachsens am Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung Bericht erstattete und über die wir gestern schon kurz berichteten. Nach einleitenden Worten des Leiters der Staatskanzlei, Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Schettler, gab der Sachbearbeiter, Ministerialrat Dr. Hoppe, Kenntnis von dem gegenwärtigen Stand der Angelegenheit. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß es der sächsischen Regierung sehr schwer geworden ist, eine einigermaßen ausreichende Beteiligung Sachsens bei der Zuweisung der Reichsmittel durchzusetzen. Ausgehend von der außerordentlich großen

Arbeitslosigkeit in Sachsen, die in Sachsen mit 135,4 von 1000 Einwohnern fast 62 Prozent über dem Reichsdurchschnitt liegt, hat die sächsische Regierung geltend gemacht, daß sie bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit einem Anteil bis einem Siebentel beteiligt werden müsse, da nach dem Stande vom 11. Juli 1932 Sachsen fast 13 Prozent der Arbeitslosen im Reich zählte. Dabei fällt weiter erklärend ins Gewicht, daß die Arbeitslosigkeit in Sachsen bereits eine sehr lange Dauer hat, so daß bereits eine vollkommene Erschöpfung der Arbeiterkräfte wie der Wirtschaft und insbesondere auch der Gemeindefinanzen eingetreten ist. Sehr viel günstiger liegen die Verhältnisse in Süddeutschland, wo Bayern nur 57,4 und Württemberg und Baden sogar nur 53,1 Arbeitslose auf 1000 Einwohner zählen. Das tritt auch besonders bei der Zahl der Wohlfahrtsvereinsangehörigen hervor, die in Sachsen beinahe viermal so groß ist wie in Süddeutschland. Diesen Tatsachen war bei dem ersten Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches in Höhe von 135 Millionen in keiner Weise Rechnung getragen worden.

ist es nunmehr gelungen, für Sachsen eine bessere Beteiligungsquote durchzusetzen,

die den gerechten Ansprüchen Sachsens wenigstens einigermaßen Rechnung trägt. Das letzte Wort in der ganzen Angelegenheit ist noch nicht gesprochen, jedoch erwartet man nunmehr vom Reiche die Bereitstellung der erforderlichen Mittel, um die Wasserregulierungsarbeiten und Uferbefestigungsarbeiten bei Vosta, Blasewitz und Rößchenroda durchzuführen zu können. Weitere Niederwasserregulierungen sollen bei Rähnitz, Moritz und bei Gohlis ausgeführt werden. Ferner sollen im Riesaer Hafen die Raimauer wiederhergestellt sowie einige weitere Arbeiten ausgeführt werden. Die Summe für landwirtschaftliche Meliorationen ist auf 4 Millionen RM. erhöht worden. Sie sollen in erster Linie für Flußregulierungen zum Schutze landwirtschaftlicher Flächen verwendet werden. Hieron werden insbesondere die Amtshauptmannschaften Großenhain, Ramens, Bausen und Böbau profitieren können. Man rechnet mit günstigen Zinsbedingungen, da die Mittel aus der Dählfle gewährt werden sollen. Für Ausbau des Sand-

Reichsbahn stellt ein

Kassel, 7. Oktober. Wie die Reichsbahndirektion Kassel mitteilt, werden in dem Direktionsbezirk vom 10. Oktober ab ca. 1000 Arbeiter wieder eingestellt.

Altona, 7. Oktober. Die Reichsbahndirektion Altona hat beschließen, zunächst für zwei bis drei Monate größere Einstellungen von Arbeitern vorzunehmen. Bei diesen Einstellungen handelt es sich um etwa 800 Zeitarbeiter und 200 Stammarbeiter. Es sind Arbeiter, die Anfang September entlassen wurden und jetzt wieder für die Dauer von zwei bis drei Monaten Beschäftigung finden werden.

Wuppertal, 7. Oktober. Wie die hiesige Reichsbahndirektion mitteilt, sind in diesen Tagen in ihrem Bezirk mindestens 1000 Arbeiter neu eingestellt worden. Sie werden allerdings zum Teil nur solange beschäftigt werden können, wie die Jahreszeit eine Arbeit am Oberbau zuläßt.

Saalshlacht in Düsseldorf

Nationalsozialisten als Ruheher

Düsseldorf, 7. Okt. In einer Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei im Kaiserhof der städtischen Tonhalle kam es bereits bei den Einleitungsworten des Vorsitzenden zu großen Störungen von Nationalsozialisten, die Stinkbomben warfen und versuchten, die von der Galerie herabhängenden schwarz-weiß-roten und schwarz-weißen Fahnen abzureißen. Nachdem von der Polizei und dem Saalschutz einige Ruheher aus dem Saal entfernt worden waren, trat etwas Ruhe ein, bis Dr. Gieseler das Wort ergriß. Kaum hatte er einen Satz gesprochen, setzte der Tumult von neuem ein, so daß Dr. Gieseler die Poli-